

Klimawahlkabine

Beantwortung JETZT - Liste Pilz

CO2 Emissionen

1. Treten Sie dafür ein, dass die österreichischen Treibhausgasemissionen bis spätestens 2030 auf Null gesenkt werden?

JA

2. Treten Sie dafür ein, dass die österreichischen Treibhausgasemissionen bis 2025 halbiert werden?

JA

3. Sind Sie für eine österreichweite Verpflichtung aller Bundesländer zum Ausstieg aus fossiler Energie mit einer auf Bundesebene abgestimmten Strategie?

JA

4. Setzen Sie sich für ein höheres Ziel für Klimaneutralität, erneuerbare Energien und Energieeffizienz auf europäischer Ebene ein? Wenn ja wie planen Sie dies konkret?

JA

Wir fordern Klimaneutralität in der EU ab 2040 - minus 55% ab 2030, mind. 40% erneuerbare Energie sowie mind. 40% Energieeffizienzziel. Es braucht für die genannten Bereiche konkrete jährliche Ausbauziele. Wenn in einem Jahr ein Ausbauziel nicht erreicht wird, sind die Mengenziele für den Ausbau im Folgejahr in diesem Umfang aufzustocken.

Energie

5. Soll Österreich bis 2025 100% seines Stromverbrauches mit Ökostrom decken?

JA

6. Sind Sie für einen Importstopp für fossile oder ungekennzeichnete Energieträger?

JA mit Übergangsfristen, um die Versorgung nicht zu gefährden.

7. Für den Umbau des Energiesystems ist ein jährlich eng definierter Ausbau- und Umbaupfad notwendig. Planen Sie verbindliche Zielpfade mit jährlicher Überprüfung bis 2030?

JA, siehe auch bereits oben. Es braucht ein Energiegesetz, das den Ausbau der erneuerbaren Energie in Österreich im Ausmaß von mind. 4 TWh pro Jahr sicherstellt. Wird das Ausbauziel innerhalb eines Jahres nicht erreicht, sind die Mengenziele für den Ausbau im Folgejahr in diesem Umfang aufzustocken.

CO2-Bepreisung und Subventionen

8. Haben Sie konkrete Vorstellungen wie ein Modell für CO2-Bepreisung auf europäischer Ebene aussehen sollte? Wenn ja, welche?

JA, wir haben ein konkretes Konzept für die ökosoziale Steuerreform entwickelt, das auch vom Budgetdienst des Parlaments analysiert wurde. Die Studie des Budgetdienstes bestätigt, dass unser Modell der CO2-Steuer sozial verträglich ist und niedrige Einkommen am meisten vom Klimabonus profitieren würden. Für detaillierte Informationen zu unserem Konzept einer ökosozialen Steuerreform, das eine CO2-Bepreisung sowohl national wie auch auf europäischer Ebene vorsieht, siehe bitte hier:

<https://nr-klub.jetzt/wp-content/uploads/konzept-oekosozialesteuerreform.pdf>

9. Planen Sie, analog zu einigen anderen Ländern, eine CO2-Bepreisung auf österreichischer Ebene zusammen mit einem sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich? Wenn nein, haben Sie konkrete Pläne für ähnlich umfassend wirksame Instrumente, die innerhalb ihrer Legislaturperiode Wirkung zeigen?

JA, siehe Frage 8. Für detaillierte Informationen zu unserem Konzept einer ökosozialen Steuerreform, das eine CO2-Bepreisung sowohl national wie auch auf europäischer Ebene vorsieht, siehe bitte hier:

<https://nr-klub.jetzt/wp-content/uploads/konzept-oekosozialesteuerreform.pdf>

10. Sollen alle klimaschädigenden Subventionen (derzeit rund 5 Milliarden Euro) in Österreich bis spätestens 2025 mit Rücksicht auf soziale und wirtschaftliche Härtefälle abgebaut werden?

JA, wobei die in der Frage zitierten 5 Milliarden Euro auf eine WIFO-Studie zurückgehen, die den gesamten Bereich des Nachhaltigkeitsministeriums ausgeklammert hat (z.B. Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, etc.). Die Summe der tatsächlichen jährlichen klimaschädlichen Förderungen liegt also sogar noch höher. Es braucht schnellstmöglich die Offenlegung der vollständigen Liste klimaschädlicher Subventionen in Österreich (laut Mission2030 der letzten Regierung hätte die Offenlegung im Juni 2019 schon geschehen sollen) und danach eine rasche und weitestgehende Abschaffung.

Verkehr

11. Befürworten Sie eine Investitionsoffensive von zwei Milliarden Euro in den öffentlichen Verkehr, um den Menschen den Umstieg zu ermöglichen?

JA

12. Planen Sie einen Stopp von Infrastrukturprojekte, die klimaschädliche Emissionen befeuern, und eine Umschichtung der Mittel für umweltfreundliche Mobilität?

JA

13. Treten Sie für eine einheitliche Besteuerung von Kerosin auf österreichischer Ebene ein?

JA, allerdings ist dies auf österreichischer Ebene rechtlich und faktisch leider nur schwer möglich. Daher setzen wir uns auch für ein Ende der Steuerbefreiung auf europäischer Ebene ein.

Effizienz und Raumplanung

14. Planen Sie (mindestens) die Verdoppelung der Sanierungsrate? Wenn ja, durch welche Maßnahmen soll das sichergestellt werden?

JA

Wir fordern bereits seit Beginn der letzten Legislaturperiode die Anhebung der thermischen Gebäudesanierungsquote auf mindestens 4% pro Jahr mit einer entsprechenden Anhebung des jährlich zur Verfügung stehenden Fördervolumens, um die Erreichung der Quote zu gewährleisten. Außerdem braucht es eine Anpassung des MRG und des WEG.

15. Planen Sie die Umsetzung eines wirksamen Energieeffizienzgesetzes mit verpflichtender Reduktion des Endenergieverbrauchs um rund ein Drittel bis 2025 inklusive Sektorzielen und ausreichenden Maßnahmen?

JA

16. Planen Sie konkrete Maßnahmen, um die Raumplanung und Raumordnung in Österreich klimagerecht zu gestalten?

JA, u.a. fordern wir eine Rahmengesetzgebungskompetenz für den Bund.

Finanz

17. Sollen Finanzprodukte in Zukunft eindeutig gelabelt werden, um klarer ersichtlich zu machen, wenn fossile oder nukleare Energie damit unterstützt wird?

JA

18. Sollen die im Eigentum oder Teileigentum der Republik Österreich stehenden Unternehmen bis spätestens 2021 Strategien für den vollständigen Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe oder deren Herstellung für die fossile Verbrennung bis 2030 vorlegen?

JA

19. Planen Sie ein sofortiges bundesweites Aus von Ölheizungen im Neubau und ein Ausstieg aus dem Bestand bis spätestens 2025 (unter Berücksichtigung von limitierten sozialen Härtefällen)?

JA

20. Planen Sie ein sofortiges bundesweites Aus von fossilen Gasheizungen im Neubau und ein Ausstieg aus dem Bestand bis spätestens 2030 (unter Berücksichtigung von limitierten sozialen Härtefällen)?

JA

Bildung und Institutioneller Rahmen

21. Planen Sie die Verankerung des Themas Klimawandel als wesentlicher Bestandteil aller Bildungs- und Ausbildungswege? Wenn ja, wie?

JA

Forschung muss in den Mittelpunkt der Klimapolitik rücken und deren unverrückbare Basis bilden. Bildung ist der Schlüssel für alle Zukunftsfragen.

- Förderung von Kooperationen mit außerschulischen Partnern, um das Thema Klima- und Umweltschutz in Schulen zu bringen.
- Schulen dabei unterstützen, pro Schule eine/n SchülerIn als Klima- und Umweltschutz- beauftragte/n auszubilden.
- Aufwertung der SchülerInnenvertretung und stärkere Einbindung in der Schule bei der Überarbeitung der Lehrpläne und Schulbücher hinsichtlich Nachhaltigkeit.
- Entsprechende Programme für Kindergärten, Schulen, lokale Kleingruppen, z.B. Gärtnern, Verkehr, ...
- Permakultur verbreiten
- Klima & Energiemodellregionen, Klimawandelanpassungsregionen nicht nur auf Regionen sondern im gesamten Bundesgebiet, in der EU und weltweit.
- Ecosocial Entrepreneur Infrastruktur
- Inter- und transdisziplinäre Forschung finanziell und institutionell begünstigen
- Forschungsergebnisse für Politik aufbereiten lassen und für Entscheidungsfindung übernehmen
- Post-Wachstumsmodelle entwickeln

22. Planen Sie die Etablierung eines weisungsfreien Beirats aus Wissenschaft und NGOs, die den Zielerreichungspfad Österreichs bis 2025 bzw. 2030 überwacht und jährlich evaluiert?

JA

23. Soll Klimaschutz bei allen neuen Gesetzen und Verordnungen sowie großen Bauprojekten mitbedacht werden und auf Verträglichkeit mit dem Klimabudget geprüft werden?

JA

24. Setzen Sie sich für eine Schließung der Ressourcenkreisläufe im Sinne der Kreislaufwirtschaft ein, sodass Produkte nicht weggeworfen, sondern wiederverwendet, repariert, und recycled werden können?

JA

Eine zentrale Forderung von JETZT im Parlament war, ein verpflichtendes Pfandsystem für sämtliche Getränkeverpackungen in Österreich einzuführen.

ren sowie einen neuen rechtlichen Rahmen für einen größeren Mehrwertanteil zu schaffen, da etwa im Getränkeverpackungssegment nur so die Recycling- und Sammelquote auf das notwendige Maß angehoben werden kann. Wie bei den angesprochenen Verpackungen macht es aber auch in vielen weiteren Bereichen Sinn, die Recyclingquoten zur Gewinnung von Sekundärrohstoffen zu verbessern. Wenn durch die Politik der Rahmen so definiert wird, dass es zu verpflichtenden Einsatzquoten von Sekundärrohstoffen kommt, so wird auch der Anreiz größer werden, Wertstoffe zu sammeln und zu recyceln. Entsprechende Regelungen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft machen daher absolut Sinn. Festzuhalten ist allerdings, dass ein durchdachtes CO₂-Steuermodell sowie ein funktionierender Emissionshandel in der Industrie mit entsprechenden Mindestpreisen für den Ausstoß von CO₂ ein weitaus breiterer und vielleicht auch besser funktionierender Ansatz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft wäre. Aufgrund der geringeren Emissionen im Verhältnis zur linearen Wirtschaft würde sich damit die Wiederverwertung von Wertstoffen attraktiver gestalten.

Derzeit stellt sich die Situation so dar, dass oft billigere Produkte eine kürzere Lebenszeit haben als teurere. Auf einen längeren Zeitraum gerechnet, kann also eine gewisse Dienstleistung (z.B. Wäschewaschen mit einer Waschmaschine) mit einem billigeren Produkt im Endeffekt teurer ausfallen als mit dem langlebigeren teureren Alternativprodukt. Das ist auch aus einem sozialpolitischen Gesichtspunkt nicht wünschenswert, da es zur Kluft zwischen Arm und Reich weiter beiträgt. Der Markt hat diese Situation hervorgebracht und die Politik könnte nun korrigierend intervenieren. Beispielsweise wäre es denkbar, dass bei gewissen Gebrauchsgütern die Verarbeitung verpflichtend so passieren muss, dass Verschleißteile einfach getauscht werden können. Außerdem sollte der absichtlich frühzeitige Verschleiß eines Produkts einem strengen und auch funktionierenden gesetzlichen Verbot unterliegen. Das führt unweigerlich dazu, dass sich der Produktlebenszyklus verlängert und Produkte länger in Gebrauch bleiben können. Des Weiteren müssen die emissionsarmen Faktoren „Reparatur und Arbeit“ steuerlich massiv entlastet und der emissionsreiche Faktor „Produktion“ steuerlich belastet werden, um einen echten Lenkungseffekt zu erzielen. Über Reparaturdienstleistungen könnte Unternehmen ein entgehender Gewinn wegen rückgehender Neuproduktion teilweise kompensiert werden. Unternehmen müssen dafür aber länger an den Lebenszyklus eines Produkts inklusive Rückgewinnung der Rohstoffe gebunden werden. Mietsysteme könnten beispielsweise einen Beitrag zu einem solchen System zur Förderung der Kreislaufwirtschaft leisten. Das Eigentum geht nicht über wie beim Kauf und somit verbleibt das Risiko beim Unternehmer. Dieser hat sodann ein Interesse an einem möglichst langlebigen Produkt. Einnahmen können aber über wiederkehrende Mieteinnahmen über einen längeren Zeitraum generiert werden.

